



Antrag

der Fraktion der CDU

Klares Bekenntnis zur festen Fehmarnbelt-Querung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich klar zur festen Fehmarnbelt-Querung.

Sie schafft eine deutsch-skandinavische Metropolregion für Wirtschaft und Wissenschaft in der Fehmarnbelt-Region, durch die Arbeitsplätze für die Menschen in Schleswig-Holstein und in der Metropolregion Hamburg während der Bauphase und nach Inbetriebnahme des Tunnels entstehen werden. Die Stärkung des nord-europäischen Wirtschaftsraumes ist auch im Interesse künftiger Generationen, für deren Chancen wir die Weichen stellen.

Deshalb unterstützt der Schleswig-Holsteinische Landtag den in der Großen Koalition 2008 auf Bundesebene auf den Weg gebrachten Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark über den Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung uneingeschränkt.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, das Planfeststellungsverfahren noch im August 2013 einzuleiten und ohne weitere zeitliche Verzögerung bis Anfang 2015 abzuschließen.

Johannes Callsen
und Fraktion

Begründung

Die Fehmarnbelt-Querung ist ein gutes Stück gelebtes Europa. In der Bevölkerung und im Parlament überwiegt die Zustimmung zur festen Querung über den Fehmarnbelt. Wir sind inzwischen so weit in der Akzeptanz dieses großen und wichtigen Bauvorhabens, dass wir über Details beim Bau des Absenktunnels reden und nicht mehr über die Frage, ob der Tunnel gebaut werden soll oder nicht.

Mit der festen Querung über den Belt schaffen wir eine feste Direktverbindung zwischen Skandinavien und Kontinentaleuropa. Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Chancen dieses Verkehrsprojektes sind immens. Mit dem geplanten 17,6 Kilometer langen Absenktunnel durch den Fehmarnbelt wachsen Nordeuropa und Zentraleuropa enger zusammen. Das ist ein nachvollziehbarer und unterstützungswerter Wunsch unserer skandinavischen Nachbarn für eine gemeinsame Zukunft im Norden Europas.

Die Forderung nach einem Ausstieg aus dem Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark muss daher als Affront gegen unsere nördlichen Nachbarn gewertet werden.